

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپائی

Ausgabe vom 26.09.2018

Von Jörg Kronauer
27.09.2018

Brüssel trickst Washington aus

EU gründet neue Einrichtung zur Umgehung der US-Sanktionen gegen Iran



Die EU-Außenbeauftragte, Federica Mogherini, und Mohammed Dschawad Sarif, Außenminister des Iran, bei einem Treffen im UN-Hauptquartier (24.9.2018)

Foto: Li Muzi/XinHua/dpa

Die EU stellt sich mit dem Aufbau einer Zweckgesellschaft zur Finanzierung von Geschäften mit Iran den US-Sanktionen gegen das Land entgegen. Wie die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini am späten Montag abend in New York ankündigte, werden die EU-Mitgliedsstaaten ein »Special Purpose Vehicle« (SPV) gründen, das es

Unternehmen aus der Union ermöglichen soll, ihren Handel mit Iran aufrechtzuerhalten. Als eines der größten Hindernisse dafür galt bislang, dass international tätige Banken auf Dollargeschäfte angewiesen sind; sie sehen sich deshalb nicht in der Lage, sich der US-Forderung nach einem Abbruch aller Finanztransaktionen mit Teheran zu widersetzen, was wiederum die im Iran-Handel tätigen Firmen vor kaum lösbare Probleme stellt. Abhilfe schaffen soll nun das SPV, das quasi als Tauschbörse geplant ist: So könnten etwa Irans Ölexporte dem Land beim SPV gutgeschrieben werden und Importe zum Beispiel von Maschinen im gleichen Wert erlauben. Europäische Banken wären damit entlastet, ohne dass der Handel kollabieren müsste.

Der EU-Vorstoß ist Teil gemeinsamer Bemühungen Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens, Russlands und Chinas, das Nuklearabkommen mit Iran zu retten. Mogherini bestätigte nach einem Treffen mit Vertretern der fünf Staaten und Irans, das SPV solle nicht auf Europa beschränkt sein, sondern prinzipiell auch »anderen Partnern in der Welt offenstehen«. Details sollen umgehend von Experten ausgearbeitet werden. Die Zeit drängt, da die US-Sanktionen gegen Finanz- und Ölgeschäfte mit Iran Anfang November in Kraft treten. Dabei bestehen größere Unklarheiten fort. So sind etwa Erdölkonzerne aus der EU wie Total oder Shell, die bislang Öl in Iran einkauften, in erheblichem Maß im US-Geschäft involviert; sie könnten sich auch ganz unabhängig von der Finanzierungsfrage Strafen kaum entziehen, sollte Washington solche wegen möglicher Ölimporte aus Iran gegen sie verhängen. Dasselbe gilt für Firmen, die sanktionsrelevante Branchen in Iran beliefern. Der Erfolg des EU-Vorstoßes werde letztlich davon abhängen, »wie weit die Amerikaner gehen wollen«, urteilte ein hochrangiger Mitarbeiter des russischen Außenministeriums, »und wie weit unsere europäischen Kollegen ihnen zu gehen erlauben«. Der transatlantische Machtkampf geht damit in die nächste Runde.